

Gottfried-Karl Kindermann

Taiwan im Brennpunkt nationaler und internationaler Divergenzen

Taiwan als Ziel imperialistischer Mächte

Ebenso wie das seit 60 Jahren in unvereinbare Systeme geteilte Korea bildet die durch eine Meeresstraße von Kontinentalchina getrennte Insel Taiwan sowohl national als auch international eines der besonderen Spannungsfelder des ostasiatisch-pazifischen Raumes. Historisch gesehen ist es jenes Gebiet des chinesischen Sprach- und Kulturraumes, das häufiger als alle anderen Schauplatz internationaler Interventionen gewesen ist. Bereits ab der Wende vom 16. zum 17. Jahrhundert hatten Portugiesen, Spanier und Holländer – oft in Konkurrenz mit einander – mit der handels- und kolonialpolitischen sowie missionarischen Durchdringung der Insel begonnen. Die Holländer, die sich als primäre Kolonialherren durchsetzten, beherrschten die Insel von 1624 bis 1661. Vertrieben wurden sie 1661 durch eine Invasion geflüchteter Streitkräfte und Zuwanderer der in Kontinentalchina in dieser Zeit von den Gründern der neuen Mandschu-Dynastie besiegten Ming-Dynastie (1368-1644). Letztlich aber gelang es der neuen Mandschu- (oder Qing-) Dynastie (1644-1911) die Insel zu erobern und dem chinesischen Reich einzufügen. Als Folge des von Großbritannien und Frankreich gegen China geführten zweiten Opiumkrieges (1856-1858) wurde China zur Öffnung verschiedener Häfen – darunter zwei auf Taiwan – für den Handel mit dem Westen gezwungen. Japaner und Amerikaner versuchten in den sechziger und siebziger Jahren vergeblich in Taiwan Fuß zu fassen und auf Anraten von Ferdinand von Richthofen erwog in dieser Zeit sogar die preußische Regierung eine Annexierung Taiwans.

Doch im Zuge der französischen Fernostexpansion wurde Taiwan 1884-1885 einer der Schauplätze eines Krieges, den Frankreich gegen China führte um dessen Tributhoheit über Vietnam zu brechen und um dieses Gebiet dem eigenen Kolonialreich einzufügen zu können. Erst die Erfahrung dieses Krieges veranlasste die kaiserliche Regierung in Peking Taiwan 1885 den Status einer Provinz des chinesischen Reiches zu verleihen.¹

Als Folge eines für Japan siegreichen Krieges, den dieses gegen China führte um dessen Einfluss aus Korea zu vertreiben, entstand 1895 der japanisch-chinesische Friedensvertrag von Shimonoseki, der die Abtretung Taiwans an Japan verfügte.²

1 Zur Geschichte Taiwans in diesen Zeiträumen siehe: Hungdah Chiu: *China and the Question of Taiwan*. New York 1973, S. 3-17 u. 195-203, sowie Oskar Weggel: *Geschichte Taiwans vom 17. Jahrhundert bis heute*. München 2007 S. 17-55.

Eine Widerstandsbewegung hiergegen, die sich auf der Insel als »Republik Taiwan« etablierte, wurde von den Japanern rasch überwältigt. Damit begann ein halbes Jahrhundert der bis 1945 anhaltenden japanischen Herrschaft auf Taiwan. Ebenso wie Korea betrachteten die Japaner auch Taiwan als Teil des sog. »äußeren Japan«. Auf Grund der geostrategisch und wirtschaftlich bedeutsamen Lage der Insel begann Japan, die damals erste und einzige Industriemacht Asiens, mit einer zügigen und vieldimensionalen Entwicklung Taiwans. Diese betraf den Ausbau seines Eisenbahn- und sonstigen Straßenverkehrssystems, die Anlage von nicht weniger als siebzehn Häfen, die Produktion von Zucker, Kohle, Kampfer und Tabak, die Förderung sonstiger landwirtschaftlicher Produktionsmethoden wie aber auch Grundelemente der Leichtindustrie und Wasserkraftwerke zur Energieerzeugung. Es entstand ein vorzüglich organisiertes Erziehungswesen. Im Bereich der Bildung dominierte jedoch obligatorisch das Japanische. In den Jahren japanischer Demokratie 1921-1936 wurde in Taiwan die Bildung und Existenz politischer Parteien geduldet, doch die Regierung blieb fest in den Händen der japanischen Generalgouverneure. Mit dem rasch wachsenden Einfluß des Militärs auf Japans Politik wurden diese Gruppierungen ab 1936 verboten. Vor Beginn des pazifischen Krieges hatte Taiwan – vom Bereich der höheren Bildung abgesehen – einen Entwicklungsstand erreicht, der weit über demjenigen aller Provinzen Kontinentalchinas lag.

Während des Zweiten Weltkrieges verabschiedete die im November 1943 in Kairo zusammengetretene Gipfelkonferenz zwischen Roosevelt, Chiang Kai-shek und Churchill eine gemeinsame Erklärung in der es u. a. hieß: »... alle Gebiete, die Japan den Chinesen geraubt hat, wie die Mandschurei, Formosa <d.i. Taiwan> und die Pe-cadoren < Inseln > sollen der Republik China zurückgegeben werden. Japan wird auch von all den anderen Territorien vertrieben werden, die es mit Gewalt und Gier an sich gebracht hat.«³ Chinesische Beobachter fragten sich, wie es denn mit jenen Gebieten stehe, die europäische Mächte -Großbritannien, Russland und Frankreich – »mit Gier und Gewalt« China und anderen Nationen Südostasiens entrissen hätten.

Volksaufstand und Entfremdung (1947)

Nach der Kapitulation Japans vom 14. August 1945 trafen mit amerikanischer Transporthilfe die ersten chinesischen Truppen am 15. Oktober gleichen Jahres in Taiwan ein. Sie wurden anfangs enthusiastisch als »Befreier« begrüßt, obgleich sie auf Grund ihres undisziplinierten und materiell verwahrlosten Erscheinungsbildes keinen guten Eindruck gaben. Ihr zum Gouverneur von Taiwan ernannter Kommandeur Chen Yi gehörte zu jenen chinesischen Generälen, die anfangs einem Warlord gedient und sich dann opportunistisch der nationalrevolutionären Armee Chiang Kai-sheks angeschlossen hatten. Aus dem durch acht Jahre Krieg verarmten

2 Text in Chiu, aaO., S. 197-198.

3 Text in: Foreign Relations of the United States – Diplomatic Papers: The Conferences of Cairo and Teheran. Washington D.C. 1961, S. 389, 401-402 u. 448-449.

und vereidigten Kontinentalchina plötzlich in die vergleichsweise wohlhabend erscheinende Provinz Taiwan versetzt, initiierten er und seine Mitarbeiter dort ein Regime das, von fast hemmungsloser Korruption und scheinbar unstillbarer Raffgier gekennzeichnet, die wirtschaftliche Ausbeutung der Insel in großem Stil betrieb. Den Bewohnern Taiwans wurde mitgeteilt, sie hätten zwar nun ihre chinesische Staatsbürgerschaft zurück erhalten, doch könnten sie noch nicht in den Genuss verfassungsgemäßer Rechte gelangen, da sie – nach 50 Jahren japanischer Herrschaft – zunächst einmal im chinesischen Sinne »umerzogen« werden müssten. Der Horror dieser vieldimensionalen Ausbeutung und unerwarteten Zurücksetzung löste einen am 28. Februar 1947 spontan beginnenden Volksaufstand gegen das korrupte undpressive System Gouverneur Chen Yis und seiner Provinzregierung aus. Improvisierte Bürgerversammlungen richteten einen Forderungskatalog an den Gouverneur, der allerdings nur zum Schein vorgab die darin enthaltenen Forderungen berücksichtigen zu wollen. Der bezeichnende erste Punkt dieser Forderungen betraf die Gleichbehandlung der Taiwanesen mit den Festländern. Kaum aber waren die von Chen Yi angeforderten militärischen Verstärkungen aus China in Taiwan eingetroffen, als dieser teils aus Rachsucht und teils zur Abschreckung etwaiger künftiger Volksaufstände ein wahres Massaker unter taiwanesischen Dissidenten anrichten ließ, dem auch zahlreiche Unbeteiligte zum Opfer fielen.⁴ Zwar wurde Chen im März 1947 abberufen und 1950 insbesondere wegen versuchter Kooperation mit den chinesischen Kommunisten in Taiwan hingerichtet. Doch dieser Zwischenfall vom 28. Februar bewirkte eine bis heute spürbare Entfremdung zwischen weiten Teilen der taiwanesischen Bevölkerung und den chinesischen Festländern. Es war der Beginn der eine staatliche Unabhängigkeit Taiwans anstrebenden, jedoch bis 1987 streng unterdrückten separatistischen Bewegung.⁵

Taiwan als Fluchtborg des Nationalchinesischen Regimes

Von Taiwans Annektierung und Freigabe durch Japan abgesehen, bedeuteten die Ereignisse des Jahres 1949 die bisher einschneidendste Zäsur in der Geschichte der Insel. Denn angesichts der sich schon Ende 1948 abzeichnenden Niederlage der nationalchinesischen Armeen in Kontinentalchina hatte Chiang Kai-shek als Staatspräsident und gleichzeitig als Chef der regierenden Partei Kuomintang (Nationale Volkspartei) die Verlagerung der chinesischen Regierung, der Parteiführung, des 1948 gewählten gesamtchinesischen Parlaments sowie des Staatsschatzes, bester Museumsbestände und von Teilen des Heeres, der Luftwaffe und der Kriegsmarine nach Taiwan veranlasst. Etwa 1,5 Millionen Chinesen – darunter 600.000 Mann der Streitkräfte – und ein großer Teil der damaligen politischen und kulturellen Elite

4 George Kerr: *Formosa Betrayed*. London 1966 (Schilderung eines Augenzeugen des Volksaufstandes). Siehe auch: Günter Whittome: *Taiwan 1947 – Der Aufstand gegen die Kuomintang*. Hamburg 1991 u. Douglas Mendel: *The Politics of Formosan Nationalism*. Berkeley 1970, Kapitel 2.

5 Ebda. Kap. 3-10 u. Appendix.

Chinas waren Chiang Kai-shek nach Taiwan gefolgt, einer Insel mit 35.843 qkm der Größe Belgiens etwa entsprechend, in einem durchschnittlichen Abstand von ca. 150 km. vor der Südostküste Chinas und somit im geostrategischen Zentrum des Westpazifik gelegen, mit einer einheimischen Bevölkerung von damals 6 (heute 23) Millionen Einwohnern.⁶ In einer Rede vom Juli 1950 erklärte Chiang, Taiwan bilde einen Leuchtturm des wahren China in der Brandung der kommunistischen Revolution. Hier stehe ein letztes Bollwerk humanistisch konfuzianischer Kultur wie auch der Ideenwelt des demokratischen Partei- und Republikgründers Sun Yat-sen. Taiwan werde nicht nur zum Ausgangspunkt einer gegen den Maoismus gerichteten Befreiungsbewegung werden, sondern auch zu einer Musterprovinz als Modell einer künftigen besseren Gesellschaftsform in Kontinentalchina.⁷ Dort allerdings stellte Mao Tse-tungs Regierung in Taiwan gegenüber liegenden Gebieten eine große Invasionsarmee zusammen und der US Geheimdienst CIA schätzte, dass es den Kommunisten bis Oktober 1950 gelingen werde, Taiwan militärisch zu erobern. In Washington hatte der Planungsstab des US Außenministeriums 1949 einen Plan seines Direktors George F. Kennan erwogen, Taiwan militärisch zu besetzen und durch eine Volksabstimmung feststellen zu lassen ob die Bevölkerung sich zugunsten der Regierung Chiang Kai-sheks oder aber Mao Tse-tungs oder für taiwanesische Unabhängigkeit oder für eine Treuhandschaftsregierung der Vereinten Nationen entscheide. Der Plan aber wurde als zu aufwendig in der Durchführung verworfen.

Washingtons Distanzierung von Taiwan

Hingegen erstrebte die US-Regierung Harry S. Trumans eine frühzeitige Normalisierung diplomatischer Beziehungen mit der Volksrepublik China, um diese von einer Bindung mit der Sowjetunion abzuhalten. In einer Erklärung Präsident Trumans vom 5. Januar 1950 heißt es daher, die USA bekräftigten die Rückkehr Taiwans zu China im Sinne der erwähnten Erklärung von Kairo (1943), sie hätten keinerlei Absicht, sich in den weiteren Verlauf des chinesischen Bürgerkrieges zu involvieren und würden Taiwan weder Hilfe durch die Entsendung von Militärberatern, noch die Lieferung von Rüstungsgütern zuteil werden lassen. Tage zuvor bereits hatte das US Außenministerium seinen diplomatischen Vertretungen im Ausland die Weisung erteilt, die Regierungen ihrer jeweiligen Gastländer auf Taiwans Eroberung durch die Kommunisten vorzubereiten und darzutun, Taiwan sei weder strategisch noch sonstig von besonderer Bedeutung. Die USA hätten keinerlei Verantwortung für das weitere Schicksal Taiwans, das geographisch und historisch ein

6 Hollington K. Tong: Chiang Kai-shek. Taipei/Tokio 1953. S. 449-554. Chiang Ching-kuo: Calm in the Storm. Taipei 1978. S. 219-303.

7 Chiang, Kai-shek: »Die Niederlage und Wiedergeburt des ‚Freien China‘« in: Gottfried-Karl Kindermann: Konfuzianismus, Sunyatsenismus und Chinesischer Kommunismus. Freiburg i. Br. 1963, S. 216-225. S. auch: Selected Speeches and Messages of President Chiang Kai-shek 1949-1952 Taipei 1952.

Teil Chinas sei.⁸ Den Hintergrund dieser Haltung erhelltend, hielt Trumans Außenminister Dean Acheson am 12. Januar 1950 eine Grundsatzrede in der er darlegte, dass die USA angesichts der neuen Lage künftig keinerlei Gebiet auf dem ostasiatischen Kontinent schützen oder garantieren könne. Die geostrategische Linie amerikanischer Schutzbereitschaft in Ostasien beschränke sich künftig auf eine Linie von Inseln, die sich mit Japan beginnend über die Riukiu-Inseln und die Philippinen bis nach Australien und Neuseeland erstrecke. Damit aber waren Korea, Taiwan und Vietnam aus dem pazifischen Schutzbereich der USA klar ausgeklammert.⁹

Der Koreakrieg als historische Wende

Angesichts dieser gleichsam offiziellen Selbstbeschränkung des amerikanischen Aktionsbereiches gewährte Stalin dem Diktator Nord-Koreas Kim Il Sung die zuvor abgelehnte Bitte um hochrangige Militärberater und umfangreiche Rüstungshilfe zum Zweck einer Blitzkriegsoffensive gegen das militärisch kaum gerüstete Südkorea. Zuvor hatten Peking und Moskau am 14. Februar 1950 miteinander einen Bündnisvertrag geschlossen, mit dem ein kommunistischer Staatenblock von der Elbe bis zum Westpazifik entstanden war. Nord-Koreas völlig überraschender Blitzkrieg gegen Südkorea begann am 25. Juni 1950. In radikaler Umkehrung der von Acheson nur 6 Monate zuvor verkündeten Pazifikpolitik der USA, fällte Präsident Truman nur zwei Tage später, am 27. Juli 1950, drei Entscheidungen von historischer Tragweite: Erstens den Einsatz von US Streitkräften zur Verteidigung Südkoreas, zweitens die strategische Abschirmung Taiwans gegen China durch die Entsendung der VII. US-Flotte in die Meeresträße von Taiwan und drittens massive amerikanische Hilfe für Frankreichs Kolonialkrieg gegen die nationalkommunistischen Viet Minh in Vietnam.¹⁰ Zwar gelang den Nord-Koreanern zunächst die Eroberung fast ganz Südkoreas, aber ein Mitte September 1950 einsetzender Gegenangriff der UN Truppen vermochte es, Südkorea zu befreien und gedeckt durch ein UN-Votum die Trennlinie des 38. Breitengrades zu überschreiten und fast ganz Nord-Korea zu erobern. Doch nach seinen unbeachtet gebliebenen Warnungen trat China im November 1950 mit riesigen Heeresmassen in den Koreakrieg ein, vertrieb die UN-Truppen aus Nord-Korea und drang in Südkorea ein.¹¹ Der Krieg in Korea hatte sich als »Marnewunder« des nationalchinesischen Regimes auf Taiwan ausgewirkt und ihm nicht nur den Schutz der US Navy beschert, sondern ab Mai 1951 ein großes Team amerikanischer Militärberater und wachsende Beträge amerikanischer Wirtschafts- und Rüstungshilfe. Der ebenfalls durch den Krieg in Korea begünstigte Friedensvertrag mit Japan, unterzeichnet in San Francisco am 18.

8 Chiu, aaO. (FN 1), Dokumente 23-25.

9 Text der Rede Achesons in: Congressional Quarterly (Hrsg.): »China – U.S. Policy since 1945«. Appendix, S. 304-311.

10 Text: Chiu, aaO. (FN 1), Dokument 27, S. 228.

11 Zum Koreakrieg siehe: Gottfried-Karl Kindermann: Der Aufstieg Koreas in der Weltpolitik – Von der Landesöffnung bis zur Gegenwart. München 2005, S. 91-128.

September 1951, enthielt in Kapitel II, Paragraph 2.a. Japans Verzicht auf Taiwan und die dazu gehörenden Pescadoren Inseln, ohne jedoch anzugeben zu wessen Gunsten dieser Verzicht erfolgt sei. Der auch auf amerikanisches Anraten am 28. April 1952 unterzeichnete Friedensvertrag zwischen Japan und der Republik China, d.h. dem auf Taiwan befindlichen Nationalchinesischen Regierungssystem, das international die legale Vertretung ganz Chinas beanspruchte und in der Weltorganisation der Vereinten Nationen auch bis 1971 wahrnahm, bewirkte die Normalisierung der Beziehungen zwischen Taiwan und Japan und enthielt – ebenso wie der Friedensvertrag der VR China mit Japan (1978) – keine Forderung auf japanische Reparationen.

Pekings Militäroffensiven gegen Taiwan

Zwei Jahre darauf endete Frankreichs achtjähriger Kolonialkrieg in Indochina 1954 mit einem Sieg der kommunistischen Viet Minh, dem Rückzug Frankreichs aus Indochina und der Teilung Vietnams in einen kommunistischen Norden und einen pro-westlichen Süden. Bald nach der diesbezüglichen Friedenskonferenz in Genf begannen Streitkräfte der Volksrepublik China eine militärische Offensive gegen unmittelbar vor der Küste der Volksrepublik gelegene nationalchinesische Inselstützpunkte. Es kam dabei wochenlang zu See- und Luftgefechten wie auch zu gewaltigen Artillerieduellen. Im Laufe der Kämpfe verloren die nationalchinesischen Streitkräfte zwar eine besonders weit entfernt liegende Insel an die Kommunisten und räumten andere, nur schwer zu verteidigende Inseln mit amerikanischer Transporthilfe. Doch mit den Quemoy (Kin Men)-und Matsu (Mazu) –Inseln behielten sie die wichtigsten Inselstützpunkte, von denen aus zwei Häfen der Volksrepublik – Amoy und Foochow – blockiert werden konnten. Eines der mutmaßlichen Ziele der Pekinger Offensive gegen Taiwans Außenpositionen bestand in der Absicht, die USA von einer vertraglichen Bindung an Taiwan abzuhalten.¹² Dennoch schloß Washington mit Taipeh einen vom 2. Dezember 1954 datierten defensiven Bündnisvertrag. Dieser war von einem geheimen Notenaustausch begleitet, in dem sich Taipeh dazu verpflichten musste, keine Offensivoperationen gegen die VRChina ohne vorheriges Einvernehmen mit den USA zu unternehmen. Der Wirkungsbereich des Vertrages erstreckte sich nur auf Taiwan und die Pescadoren Inseln. Was die genannten Küsteninseln betraf, so wollte sich Washington vertraglich nicht zu deren Verteidigung verpflichten. Andererseits sollte die Nichterwähnung dieser Inseln im Vertrag nicht als Einladung zum Angriff auf sie verstanden werden können.

Nach dem taktischen Prinzip: »keep them guessing« ließ sich Präsident Eisenhower daher in Gestalt der sog. Taiwan Straits Resolution im Januar 1955 eine Vollmacht des US Kongresses geben, die ihn als Oberbefehlshaber der US Streitkräfte

12 Zur Taiwankrise von 1954/55 siehe: J.H. Kalicki: The Pattern of Sino-American Crises. London 1975, S. 120-237, Karl Lott Rankin: China Assignment . Seattle 1964, S. 204-252. S. auch: Gottfried-Karl Kindermann: Der Aufstieg Ostasiens in der Weltpolitik 1840-2000. München 2001, 381-406.

dazu ermächtigte, je nach eigener Einschätzung der Natur eines Angriffs auf die Küsteninseln dieselben verteidigen zu lassen.

Die Krise kam zu einem Ende als Chinas Außenminister Chou En-lai, anlässlich der ersten Afro-Asiatischen Konferenz im April 1955 einen Vorschlag der sog. Colombo-Gruppe, die Taiwanfrage durch eine Volksabstimmung der Taiwaner entscheiden zu lassen, dadurch abbog, dass er überraschend die Bereitschaft der VR China zu direkten Verhandlungen mit den USA bekannt gab. Das Ergebnis waren mehrjährige, wenn auch ergebnislose, amerikanisch-chinesische Geheimverhandlungen auf Botschafterebene.

Eine zweite Krise in der Straße von Taiwan eröffnete Peking am 23. August 1958 mit dem gegen Taiwans Vorposteninsel Kin Min (Jinmen) gerichteten massivsten Artilleriebombardement der fernöstlichen Militärgeschichte. Bereits am ersten Tag der Krise wurden 41.000 Granaten auf die Insel verschossen. Da dieses Trommelfeuer wochenlang fortgesetzt wurde und die Landung größerer Versorgungsschiffe verhinderte, drohte der so angegriffenen nationalchinesischen Garnison mit 80.000 Soldaten und 48.000 Zivilisten und einem täglichen Versorgungsbedarf von 1000 Tonnen eine Versorgungskrise. Ohne militärisch selbst einzugreifen, lieferten die USA Taiwan kleinere amphibische Versorgungsschiffe, die trotz des Artilleriefeuers der Kommunisten in der Lage waren die Versorgung der Insel wieder sicherzustellen. Ebenso von den USA mit Luft-zu-Luft sidewinder Raketen beliefert, vermochte die nationalchinesische Luftwaffe bei einem Verlust von nur zwei eigenen Flugzeugen 29 Kampfflugzeuge der Pekinger Streitkräfte abzuschießen.

Sowohl Kostspieligkeit als auch Ergebnislosigkeit des Bombardements veranlassten Peking dieses ab dem 25. Oktober aus »humanitären Gründen« abzubrechen, wonach nur noch an jedem zweiten Tage mehrere Granaten als symbolische Geste auf die Insel verschossen wurden.¹³

Eine dritte Taiwan Krise bahnte sich 1962 an. Naturkatastrophen, jedoch wesentlich mehr noch krasse Planungsfehler und unverantwortlich große Exporte von Lebensmitteln zum Zweck von Waffenkaufen aus der Sowjetunion hatten in mehreren Provinzen Chinas Hungersnöte und bedingt hierdurch den Hungertod von fast 30 Millionen Menschen verursacht.¹⁴ Angesichts dieser Lage hatte Chiang Kai-shek einen militärischen Vorstoß über die Taiwanstraße hinweg in Festlandsprovinzen vorbereitet, um dort eine Volksbewegung gegen die kommunistische Herrschaft in Gang zu bringen. Präsident John F. Kennedy, der kurz zuvor das Scheitern eines ähnlichen Versuches gegen Kuba erlebt hatte, verweigerte jedoch die für Chiangs Vorhaben erforderliche technische Hilfe der USA.¹⁵

13 Zur Zweiten Taiwankrise s. Kalicki, ebd., S. 168-218 u. Kindermann (2001) ebd., S. 475-483.

14 Chang, Jung u. Halliday, John: Mao – Das Leben eines Mannes, das Schicksal eines Volkes. München 2005, S. 572-576.

15 Kalicki, aaO. (FN 12), S. 484-486 und Kindermann (2001, aaO., FN 12) : S. 484-486. Zu den internationalen Aspekten der Lage u. Rolle Taiwans und den Taiwankrisen siehe auch Kindermann: Chinas Unbeendeter Bürgerkrieg – Im Spannungsfeld Peking-Taiwan-USA 1949-1980. Wien u. München 1980.

Wirtschaft und Politik der Kuomintang Regierung

In politischer, wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht ging es der nationalchinesischen Regierung darum, japanisch geprägte Daseinsformen des öffentlichen Lebens in Taiwan im chinesischen Sinne umzuorientieren. Inspiriert von der Ideologie und Programmatik des Republik- und Parteigründers Sun Yat-sen (1866-1925) wurde zugunsten der Bauern eine dreistufige gewaltlose Landreform durchgeführt. In ihrem Vollzug wurde der Bodenbesitz von nicht selbst bebauenden Grundbesitzern auf 3 ha. beschränkt und der darüber hinausgehende Landbesitz vom Staat angekauft und an die Bauern zu festgelegten zinsfreien Bedingungen verkauft. Die Kaufsumme konnte in 10 halbjährigen Raten abgezahlt werden, wobei die Höhe dieser Raten dem gesetzlich festgelegten Pachtzins von 37,5 Prozent (zuvor 50 Prozent) entsprach. Für die Bauern wurden Genossenschaften, Banken, Versicherungssysteme und agrarische Schulungszentren errichtet.¹⁶ Die Grundbesitzer wurden nicht, wie in Kontinentalchina, durch Klassenkampf »liquidiert«, sondern erhielten für ihr zwangsweise verkauftes Land Aktien der dynamisch wachsenden Staatsindustrie. Agrarisches Kapital diente dem Aufbau der Leichtindustrie, die anfangs an Importsubstitution, dann aber primär an Exportförderung orientiert war. Taiwans Handelsvolumen stieg von 380 Millionen US \$ 1958 auf 3 Milliarden bis 1970 und auf 39,5 Milliarden im Jahr 1980. Bei der Strategie einer höchst dynamischen Wirtschaftsentwicklung spielte die Zusammenarbeit zwischen staatlicher Planung und privater Unternehmerinitiative eine entscheidende Rolle. Bei Oskar Weggel heißt es diesbezüglich: »Die wohlabgestimmte »Schritt für Schritt« Strategie (Landwirtschaft – Leichtindustrie – Handel – Schwerindustrie) und der behutsame Übergang von arbeitsintensiver zu kapitalintensiver Technologie hoben sich wohlzuend von jenen Disproportionen ab, die zur gleichen Zeit auf dem Festland im Gefolge einer verfehlten stalinistischen Schwerindustriepolitik eingerissen waren.«¹⁷ Im Bereich der Kultur wurde das japanisch dominierte Bildungswesen durch ein chinesisches ersetzt, wurden zahlreiche Universitäten und andere Forschungsstätten gegründet und ab den Grundschulen eine Geschichtsauffassung im gesamtchinesischen Sinne gelehrt. Die Errichtung des architektonisch prächtigen Palastmuseums am Rande von Taipei galt einer glanzvollen Demonstration der Jahrtausende alten chinesischen Kultur.

Im Bereich der Politik galt zwar die vom Festland mitgenommene und für das riesige China konzipierte demokratische Fünf-Gewalten-Verfassung Sun Yat-sens, doch wurden darin gewährte politische Freiheiten der Bürger von einer Reihe von Ausnahmegenesetzen eingeengt, die durch den Bürgerkrieg mit einem immer mächtigeren

16 Hui-sun Tang: Land Reform in Free China. Taipei 1957. Siehe auch: Kindermann: »Agrarrevolution und Agrarreform als Alternativen der Selbstentwicklung: Die Entwicklungstheorien des Sunyatsenismus und des chinesischen Kommunismus« in: ders. (Hrsg.): Kulturen im Umbruch – Studien zur Problematik und Analyse des Kulturwandels in Entwicklungsländern. Freiburg i. Br. 1962, S. 165-194.

17 Weggel, aaO. (FN 1), S. 161.

ger werdenden Gegner bedingt waren. Entgegen der de jure Theorie, war in der Praxis dennoch eine de facto autoritäre Regierungsform entstanden, wenngleich sich diese von der krassen Form der totalitären Diktatur in China in der Ära Mao Tse-tungs deutlich unterschied. Das nationalchinesische System der Kuomintang auf Taiwan kannte primär zwei Gegner, die rigoros verfolgt wurden, und zwar einerseits den Kommunismus, der es vernichten wollte und andererseits den taiwanesischen Separatismus. Letzterer hätte im Erfolgsfall einer Unabhängigkeitserklärung Taiwans von China dem nationalchinesischen Widerstand seine letzte territoriale Basis entzogen.

Amerikas neue Distanzierung und Pekings Werbekampagne

Eine internationale Gefährdung Taiwans wurde im Zuge der Annäherung zwischen den USA und der VR China Anfang der siebziger Jahre ersichtlich. Als deren Folge verlor Nationalchina 1971 die bis dahin de jure innengehabte Vertretung ganz Chinas in den Vereinten Nationen. Die Begegnung zwischen Präsident Nixon und Mao Tse-tung 1972 besiegelte eine Annäherung zwischen beiden Mächten, die einerseits auf der beiderseitigen Gegnerschaft gegen die Hegemonialpolitik der Sowjetunion beruhte und andererseits auf dem analogen Willen beider Staaten es konfrontativ nur mit einer gegnerischen Großmacht zu tun zu haben. Im Nixon-Chou Enlai Kommuniqué vom 27. 02. 1972 erklären die USA – ohne vorherige Konsultation mit Taiwan, sie würden ihre Streitkräfte graduell aus Taiwan abziehen. Die politischen Lager auf beiden Seiten der Taiwanstraße vertraten die Ansicht, es gäbe »nur ein China« einschließlich Taiwans. Die USA stellten diesen Standpunkt nicht in Frage. Im gleichen Dokument versicherte die VR China, es gäbe nur die eine chinesische Zentralregierung in Peking, Taiwan sei lediglich eine Provinz Chinas, die es zu »befreien« gelte. Kein auswärtiger Staat habe das Recht hinsichtlich dieser Frage zu intervenieren.¹⁸ In der Folge tauschten Washington und Peking diplomatische Liaisonbüros miteinander aus und begannen mit dem Ausbau wirtschaftlicher und anderer Kontakte. Ein große Anzahl auswärtiger Staaten brachen ab 1971 ihre diplomatischen Beziehungen zu Taipei ab, um solche Beziehungen zu Peking aufzunehmen. Auch Japan verfuhr so bei gleichzeitiger Kündigung des 1952 mit Taiwan geschlossenen Friedensvertrages. Diesbezüglich vom Autor befragt, hatte der japanische Außenminister Ohira geantwortet, völkerrechtlich sei das zwar nicht zu begründen, doch für Japan sei es eine Lebensfrage, direkte Beziehungen zu beiden seiner großen Nachbarn – China und Russland – zu unterhalten.

Eine markantere Wende in den Dreiecksbeziehungen zwischen den USA, Taiwan und der VR China ergab sich, als U.S. Präsident Jimmy Carter, taktisch bewusst überraschend, die Vollnormalisierung der diplomatischen Beziehungen zwischen

18 Text in: Congressional Service, aaO. (FN 9), S. 323-324. Zur Distanzierung der USA von Taiwan siehe Memoiren des letzten nationalchinesischen Botschafters in Washington: James C. H. Shen: *Free China – How the U.S. Sold Out Its Ally*. Washington D.C. 1983.

Washington und Peking bekannt gab. Ohne hierfür Kompensationen zu erhalten, beugte er sich dabei drei für Taiwan gravierenden Forderungen der Volksrepublik. Sie betrafen den Abbruch der diplomatischen Anerkennung (»de-recognition«) der Souveränität der Regierung auf Taiwan, zweitens die Kündigung des seit 1955 bestehenden Verteidigungsvertrages mit Nationalchina und drittens den Rückzug einiger US Militäreinheiten von der Insel. Zur Vermeidung vorheriger Einsprüche der Opposition, wurde Taiwans damaliger Staatspräsident Chiang Ching-kuo (Sohn Chiang Kai-sheks) vom US Botschafter in Taipei, Leonard Unger, um 2 Uhr früh aus dem Bett geholt, um ihm mitzuteilen, Präsident Carter werde diese für Taiwan gravierenden Maßnahmen nach Ablauf von nur drei Stunden am 15. 12. 1978 selbst bekannt geben.¹⁹ Der von Carter in den USA erwartete Applaus blieb aus. Angeführt von der China-Lobby trat die Opposition in Aktion. Da eine bilaterale Vertragsbeziehung zu Taiwan nun nicht mehr möglich war, verabschiedete der US Kongreß den am 10. April 1979 in Kraft tretenden und heute noch geltenden Taiwan Relations Act. Dieser regelt einerseits die Organisation der nicht-staatlichen Beziehungen zwischen den USA und Taiwan. Andererseits erklärt dieses Gesetz, Washingtons Beschuß zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur VR China beruhe auf der Erwartung einer friedlichen Entwicklung der Taiwanfrage. Die USA würden daher jeden Versuch zu einer nicht-friedlichen Lösung einschließlich von Boykotts oder Embargos gegen Taiwan als Bedrohung des Friedens und der Sicherheit im Westpazifik betrachten. Sie würden deshalb die Fähigkeit der USA erhalten, jeder Anwendung militärischer oder wirtschaftlicher Gewalt gegen das Volk von Taiwan entgegenzutreten und würden Taiwan weiterhin Waffensysteme zur Selbstverteidigung verkaufen.²⁰ Ohne daraus Konsequenzen zu ziehen kommentierte Deng Xiaoping, dieses Gesetz bedeute ja fast eine Annulierung des Normalisierungsabkommens mit den USA.

Ein am 17. August 1982 von Washington und Peking unterzeichnetes Kommunique erklärt zwar, die USA würden ihre Waffenlieferungen an Taiwan weder quantitativ noch qualitativ erhöhen, sondern im Laufe der Zeit auslaufen lassen.²¹ Jedoch entsprachen seither vorgenommene Waffenlieferungen der USA an Taiwan oft nicht dem Sinn dieser Vereinbarung.

Ab Herbst 1989 begann Peking Vorschläge zu einer Wiedervereinigung an Taiwan zu richten. Dabei trat der Begriff der einvernehmlichen »Wiedervereinigung« an die Stelle der gewaltsauslösenden »Befreiung«. Taiwans Regierungs-, Wirtschafts- und Sozialsystem könne unverändert bleiben, Peking werde sich in inner-taiwanesische Angelegenheiten nicht einmischen, beiderseitige Beziehungen in den Bereichen von Handel, Post, Verkehr und Investitionen sollten ermöglicht werden. Beide Seiten

19 Äußerung Botschafter Ungers gegenüber dem Autor. Dokumente zur Normalisierung in Congressional Service, aaO. (FN 9), 341-342.

20 Lester L.Wolff: Legislative History of the Taiwans Relations Act. Jamaica/N.Y. 1982 (Dokumente).

21 Patrick Tyler: A Great Wall – Six Presidents and China. New York 1999, S. 326 u. 455. Siehe ferner: »Die Drei Sino-Amerikanischen Gemeinsamen Communiqués« in: Beijing Rundschau 26. Juni 1998, S. 21-25.

könnten Gespräche auf Parteiebene beginnen, einzige Bedingung sei die Anerkennung der Einheit Chinas unter der Führung der kommunistischen Regierung in Peking.²² Offensichtlich hatte Peking damit gerechnet, Taiwans erschütternde Enttäuschung über die drastische Änderung der amerikanischen China- und Taiwanpolitik werde in Taiwan eine Bereitschaft zu einem Zusammenschluss mit der VR China hervorrufen. Jedoch das Gegenteil war der Fall. Die nationalchinesische Regierung reagierte auf Pekinger Annäherungsversuche mit ihrer sechs Jahre lang durchgehaltenen sog. »Politik des dreifachen Nein« d.h. keine offiziellen Kontakte, keine Gespräche und keinerlei Kompromisse mit der kommunistischen Regierung in Peking.²³

Taiwans Wende zur Demokratie

Ende der achtziger Jahre bahnte sich auf Taiwan jedoch eine in vieler Hinsicht historische Wende der Verhältnisse an. Ihr primärer Anlass war eine Revolution von oben, ausgelöst durch den zwar autoritär doch populistisch regierenden Präsidenten Chiang Ching-kuo, den Sohn Chiang Kaisheks. Kaum zwei Jahre vor seinem Tod am 31. Januar 1988 initiierte er die Aufhebung der durch den Bürgerkrieg bedingten Ausnahmege setzgebung, wodurch die in der demokratischen Verfassung enthaltenen bürgerlichen Grundrechte wie auch die Pressefreiheit wieder in Kraft treten konnten. Auch hob er das zuvor gegebene Verbot der Neugründung politischer Parteien auf, obwohl dies unmittelbar zur Legalisierung der 1986 bereits gegründeten Demokratischen Fortschrittspartei (DPP) führte, deren taiwanesischer Separatismus in krassem Gegensatz zur China-Orientierung der regierenden Kuomintang (Nationale Volkspartei) stand. Viele ihrer Führer hatten wegen ihrer Opposition und Befürwortung der Unabhängigkeit Taiwans von China bis zu 8 Jahren Gefängnishaft erdulden müssen. Mit diesen beiden Maßnahmen hatte Chiang Ching-kuo das Machtmonopol der Kuomintang freiwillig preisgegeben. Dieser Trend setzte sich fort, als ein Spruch des Obersten Gerichts die noch in Kontinentalchina gewählten, 1949 nach Taiwan übersiedelten und seither ohne Neuwahl tagenden und stark gealterten Abgeordneten der Legislativkörperschaften, mehrheitlich Anhänger der Regierungspartei, zum Rücktritt veranlasste. Der sich so manifestierende Machtverzicht der Kuomintang bewirkte eine revolutionäre Wende insofern als die politische Macht auf Taiwan nun nicht mehr von oben von charismatischen Führern, wie den beiden Präsidenten Chiang, ausging sondern von unten aus dem Willen der auf Taiwan befindlichen Wähler entstand, die die Macht von Wahl zu Wahl

22 »Der Vorsitzende Ye Jianying erläutert die Politik für die Rückkehr Taiwans zum Vaterland und die friedliche Wiedervereinigung« in: Beijing Rundschau 5. Oktober 1981, S. 10-11.

23 Tim Trampedach: China auf dem Weg der Wiedervereinigung ? Die Politik der Guomindang auf Taiwan gegenüber der VR China seit 1987. Hamburg 1992, S. 31-32. Vgl. auch das Interview des Verfassers mit dem RoC Ministerpräsidenten Sun Yun-suan im April 1979, in: Asian Survey, Mai 1980, S. 470-471.

auf verschiedene Parteien verteilt. ²⁴ Nachfolger Chiang Ching-kuos wurde der 1923 geborene taiwanesische Agrarexperte Lee Teng-hui (Li Denghui), ein vormaliger Bürgermeister der Hauptstadt Taipei, der auf Veranlassung Chiang Ching-kuos zum Vizepräsidenten ernannt worden war. Im März 1990 wurde er als erster Taiwaner zum Präsidenten der Republik China auf Taiwan gewählt. Erstmals in Taiwans Geschichte wurde die Insel von Taiwanerinnen regiert. Die politische Wende entsprach einer demographischen Generationsablösung. Denn die mit Chiang Kai-shek nach 1949 nach Taiwan gekommenen chinesischen Festländer waren im Verlauf eines halben Jahrhunderts gealtert und konnten nicht durch weitere Zuwanderung aus China ergänzt werden. Generationsbedingt waren daher einheimische Taiwanerinnen in viele Schlüsselpositionen in Staat, Kultur und Wirtschaft nachgerückt, die in den ersten Jahrzehnten nach 1949 weitgehend mit Festländern besetzt gewesen waren. Ebenfalls noch von Chiang Ching-kuo initiierte Neuerungen betrafen die Genehmigung von Reisen nach China wie auch des Handels mit und von Investitionen in China.

Die Festlandspolitik der neuen Regierung Präsident Lee Teng-huis bewirkte zunächst eine Annäherung Taiwans an Kontinentalchina. Zur Behandlung tagtäglicher juristischer und wirtschaftlicher Fragen, die sich aus Reisen und Kontakten taiwanesischer Bürger mit dem Festland ergaben, wurde in Taiwan im Februar 1990 die »Stiftung für den Austausch über die Taiwanstraße« (SEF) gegründet, wonach Peking im Dezember 1991 zum gleichen Zweck die ebenfalls halbamtliche Gesellschaft für Beziehungen über die Taiwanstraße hinweg (ARATS) ins Leben rief. 1992 trafen sich erstmals seit 44 Jahren hochrangige Beamte beider Seiten in Singapur, wo sie inoffizielle Abkommen über praktische Problembereiche unterzeichneten. Zuvor hatte die Regierung in Taiwan im Februar 1991 sog. »Richtlinien für Nationale Wiedervereinigung«²⁵ erlassen. Diese entwarfen erstmals ein langfristiges Programm wachsender Zusammenarbeit mit dem Endziel einer Wiedervereinigung, allerdings erst nach einer wünschbaren Demokratisierung des chinesischen Regierungssystems. Doch Peking brach diese hoffnungsvoll scheinenden Ansätze ab, nachdem Präsident Lee Teng-hui 1995 in die USA gereist war, um dort an seiner Alma Mater, der Cornell Universität, eine Rede zu halten. Zuvor hatten beide Häuser des US Kongresses die Regierung von Präsident Clinton mit überwältigenden Mehrheiten dazu aufgefordert, Lee ein Einreisevisum in die USA zu gewähren. Auch irritierten Peking die sog. »Reisediplomatie« mit der Spitzenpolitiker Taiwans persönliche Kontakte mit dem Ausland aufnahmen wie aber auch umfangreiche Verkäufe amerikanischer und französischer Kampfflugzeuge an Taiwan.

24 Weggel, aaO. (FN 1), S. 228-243 . Hung-mao Tien (Hrsg.): *Taiwan's Electoral Politics and Democratic Transition*. New York 1996; u. Wei-chin Lee (Hrsg.): »The Lee Teng-hui Era in Taiwan (1988-2000)« in: *The American Asian Review*, Bd. XX, Nr. 2, Jamaica/N.Y., Sommer 2002, S. 1-190.

25 Text in: Kun-huei Huang: *The Key Points and Content of the Guidelines for National Unification*. Taipei 1991 S. 17-18.

Ein Jahr später bereitete sich die junge taiwanesische Demokratie auf die erste im chinesischen Sprachraum je stattgefundene Volkswahl eines Staatspräsidenten vor. Um die Wahl des ihm zutiefst verhassten Lee Teng-hui zu verhindern, veranstaltete Peking während des Wahlkampfes intensive Drohmanöver in taiwanesischen Hoheitsgebieten, bei denen mit scharfer Schiffsartillerie und Raketen nahe den taiwanesischen Haupthäfen Kaohsiung (Gaoxiung) und Keelung (Jilong) geschossen wurde. Begleitet wurden die Drohmanöver von massiver chinesischer Propaganda gegen Lee Teng-hui und etwaige Interventionsversuche fremder Mächte. Mit Betroffenheit musste Peking aber feststellen, dass Lee Teng-hui mit 53,9 Prozent der Stimmen klar vor seinem Gegner Peng Meng-ming von der Demokratischen Fortschrittspartei mit nur 21,1 Prozent der Stimmen zu gewinnen vermochte. Von 262 Korrespondenten des Auslands beobachtet, wurde Lees Wahl zu einem Medienerfolg für Taiwan. Ebenso wenig wie Taiwans Wähler ließen sich die USA abschrecken. Denn die USA entsandten zwei von Flugzeugträgern begleitete Kampfverbände der US Kriegsmarine in Gewässer nahe Taiwan während US Präsident Bill Clinton gleichzeitig Japans Ministerpräsident Hashimoto einen Besuch abstattete und mit ihm eine gemeinsame Erklärung zur Sicherheit in Krisensituationen in Japan umgebenden Gebieten (u.a. Taiwan) unterzeichnete.²⁶ Als neue schwere Provokation empfand es Peking, daß Lee Teng-hui in einem gezielt mit der Deutschen Welle im Juli 1999 veranstalteten Interview erklärte, die Beziehungen zwischen der VR China und Taiwan seien »besondere Beziehungen zwischen zwei souveränen Staaten« und nicht, wie Peking es darstellte, Beziehungen zwischen einer legitimen gesamtchinesischen Regierung und einer rebellischen kleinen Provinz. Taiwans Forderung einer Gleichordnung mit Peking kollidierte mit dessen Standpunkt einer Unterordnung der Inselprovinz.

Machtwandel und das Streben nach Unabhängigkeit

Nicht ohne Hoffnung auf einen entscheidenden Wandel blickte Peking auf die für März 2000 anberaumten Präsidentschaftswahlen, die wiederum von scharfen Warnungen Pekings begleitet waren. Doch zu seiner Enttäuschung siegte diesmal sogar der Kandidat der separatistischen Demokratischen Fortschrittspartei Chen Shui-biän, ein vormaliger Bürgermeister von Taipei und starker Befürworter einer taiwanesischen Unabhängigkeit mit 39,30 Prozent der Stimmen. Der Grund hierfür lag in einer vorherigen Spaltung der Kuomintang. Einer ihrer Spitzenpolitiker, der frühere Gouverneur von Taiwan Sung Ch'üyü (Dr. James Soong), hatte sich von der Partei getrennt, war als unabhängiger Kandidat angetreten und hatte 36,84 Prozent der Stimmen erhalten, während die Kuomintang mit ihrem Kandidaten Lien Chan (Lien Zhan) nur 23,10 Prozent erzielen konnte. Erstmals seit Verabschiedung der Verfassung noch auf dem Festland 1947 war die Kuomintang in Wahlen geschlagen

26 Text der amerikanisch-japanischen Erklärung in: Defense Agency of Japan: Defense of Japan 1997. Tokio 1997, S. 114-115 u. 163-172.

worden. Zur Beruhigung der Lage verkündete Präsident Chen Shui-biän in seiner Antrittsrede, solange Peking Taiwan nicht angreife, werde es keine Volksabstimmung oder Verfassungsänderung zugunsten einer Unabhängigkeit geben. Taiwans erwähnte »Richtlinien für Nationale Wiedervereinigung« blieben in Kraft. Gewarnt durch ihre Wahlniederlage im Jahr 2000 schlossen sich die Kräfte der Kuomintang unter Lien Chan und der von Sung Ch'uyü inzwischen neu gegründeten »Partei der Volksnähe« (Qinmindang) zum sog. »panblauen Lager« zusammen, um gegen das »pangrune Lager«, bestehend aus der Demokratischen Fortschrittspartei unter Chen Shui-biän und der von Lee Teng-hui neu gegründete »Taiwan Solidaritäts Union«, anzutreten. Während des Wahlkampfes warfen sich Lien wie auch Sung in dramatischer Geste nieder, um den Boden Taiwans als Symbol einer neuen »Taiwan First« Einstellung zu küssen. Doch entgegen der prononzierten Siegesgewissheit der Panblauen siegte bei den Präsidentschaftswahlen von 2004 erneut Chen Shui-biän an der Spitze der Pangrünen wenn auch nur mit einem hauchdünnen Vorsprung von 50,11 Prozent oder 6,47 Millionen Wählerstimmen vor dem panblauen Lager mit 49,89 Prozent oder 6,4 Millionen Stimmen. Die entscheidende Differenz belief sich auf 30.000 Stimmen. Als führender Sprecher taiwanesischer Unabhängigkeitstendenzen hatte Chen Shui-biän – im Vergleich zur Wahl von 2000 – 11 Prozent der Wähler hinzugewonnen und somit fast 50 Prozent der Wählerschaft hinter sich gebracht. Fassungslos ob dieser völlig unerwarteten Niederlage, weigerte sich das panblaue Lager das Wahlresultat anzuerkennen, verwies auf den Einfluß eines am Tag vor der Wahl stattgefundenen Attentatsversuchs auf Präsident Chen und seine Vizepräsidentin Lü Hsiu-lien (Annette Lü) und erzwang mit tagelang durchgehaltenen Großdemonstrationen eine Neuauszählung aller Stimmzettel. Zwar verringerte sich hierdurch die Zahl der Stimmen für Pangrün ein wenig, doch es blieb beim Sieg Chen Shui-biäns.²⁷ Ein Wermutstropfen für ihn und seine Anhänger blieb jedoch die Tatsache, dass sie im Parlament, dem Legislativ-Yüan, über keine Mehrheit verfügten. Somit blieb es ihnen versagt, bestimmte gewünschte Akte der Gesetzgebung in die Tat umzusetzen.

Auf die neuerliche Wahl des eindeutig für die Unabhängigkeit Taiwans eintretenden Chen Shui-biän reagierte Peking mit seinem durch den Nationalen Volkskongress (»Parlament«) am 14. März 2005 verabschiedeten »Anti-Sezessions-Gesetz«.²⁸ Zweck des Gesetzes ist laut Artikel 1 die Bekämpfung des taiwanesischen Separatismus. Taiwan sei unabdingbar ein Teil des chinesischen Staatsgebiets. Alle Chinesen seien aufgefordert, sich für die Wiedervereinigung einzusetzen. Diese solle wenn möglich durch flexibel gestaltbare Verhandlungen erfolgen. Internationales Aufsehen erregte jedoch die Kriegsermächtigungsklausel von Artikel 8. Sie verleiht der Regierung das Recht, gegen Taiwan mit Gewalt vorzugehen, sollten die dortigen Separatisten konkrete Maßnahmen mit dem Ziel der Unabhängigkeit ergreifen oder

27 Gunter Schubert: »Taiwan nach den Präsidentschaftswahlen – Eine Momentaufnahme«, in: Asien Nr. 91, April 2004, S. 109-115.

28 Anti-Secession-Law, adopted at the Tird Session of the Tenth National People's Congress, 14. März 2005.

sollte die chinesische Regierung befinden, dass alle friedlichen Mittel zur Erreichung einer Wiedervereinigung erschöpft seien. Die Realität dieser Kriegsdrohung Pekings manifestierte sich durch die Aufstellung von 800 gegen die »brüderlichen Landsleute« in Taiwan gerichteten Raketenstellungen in Taiwan gegenüber liegenden Küstenprovinzen der Volksrepublik.²⁹ Wohl auch um dem negativen Eindruck dieses Kriegsermächtigungsgesetzes entgegenzuwirken, empfing die chinesische Führung im April und Mai 2005 nacheinander die beiden Führer des panblauen Lagers in Peking. Lien Chan, der Vorsitzende der Kuomintang und ihr erfolgloser Kandidat in den Präsidentschaftswahlen von 2000 und 2004 und der Staatspräsident der Volksrepublik Hu Jintao kamen im Namen ihrer Parteien überein, für friedliche Beziehungen zwischen den Systemen diesseits und jenseits der Taiwanstraße einzutreten, den Separatismus zu bekämpfen und sich zu erneut zu einem 1992 zwischen beiden Seiten erzielten Kompromiss zu bekennen, demzufolge beide zwar am Prinzip des »einen China« festhalten, dieses jedoch nach je eigener Auffassung interpretieren.³⁰ Kurz darauf kommentierte Chen Shui-biän, die Tür zu Verhandlungen mit Peking bleibe seitens seiner Regierung geöffnet, vorausgesetzt die Gespräche könnten auf der Basis von »Demokratie, Frieden und Gleichberechtigung« stattfinden. Explizit auf Pekings Kriegsdrohung als Schlüsselement des Antisezessionsgesetzes hinweisend, löste Chen als Reaktion hierauf den 1991 unter der Regierung Lee Teng-huis gegründeten »Rat für Festlandangelegenheiten« auf und setzte die damals erlassenen »Richtlinien für Nationale Wiedervereinigung« als – wie er sagte – »absurdes Überbleibsel einer absurdren Ära« außer Kraft.³¹ Ebenso ließ er den Begriff »China« aus dem Namen vieler Institutionen durch den Namen »Taiwan« ersetzen, also z. B. »Taiwan Post« statt früher »China Post« etc.. Chens Regierung förderte das taiwanesische Identitäts- und Geschichtsbewusstsein. Die von der Kuomintang in Taipei errichtete prächtige Anlage der »Chiang Kai-shek Memorial Hall« wurde kürzlich umbenannt in »Taiwan Democratic Memorial Hall« und ebenso der »Chiang Kai-shek Flughafen« in »Taoyuan International Airport«. Fast alle Chiang Kai-shek Denkmäler wurden entfernt, doch im Parlament und in vielen Amtsstuben findet man weiterhin die Portraits des Revolutions- und Republikgründers Sun Yat-sen. Mit der Begründung, Taiwans derzeitige, auf dem chinesischen Festland 1947 promulgierte »Verfassung der Republik China« sei für das riesige subkontinentale China geschaffen und nicht für das kleine Taiwan, erstrebt Chen Shui-biän eine teilweise bereits durchgeführte Verfassungsänderung oder besser noch bis zum Jahr 2008, dem Ende seiner zweiten Amtszeit, eine gänzlich neue Verfassung für Taiwan, eine Maßnahme, die Peking allerdings als Kriegsgrund betrachten würde.³²

29 Kay Möller: Taiwan als Problem Internationaler Sicherheitspolitik. Ebenhausen, 2000, S. 11-17.

30 Wen Chen: »Reaching Across the Great Divide« Kommentar u. Dokument in: Beijing Review 12. Mai 2006, S. 18-26 u. International Herald Tribune, 3. Mai 2006..

31 Henrik Bork: »Taiwan grenzt sich von China Ab« in: Süddeutsche Zeitung 3. Mai 2005. Siehe auch International Herald Tribune 3. Mai 2005.

32 Björn Finke: »Olympischer Friede – Taiwans Präsident will Spannungen mit China vermeiden«, in: ebda. 26. Mai 2007.

Ein besonderer Aspekt im Verhältnis zwischen der VR China und Taiwan besteht in der bemerkenswerten Diskrepanz zwischen ihren dynamisch wachsenden wirtschaftlichen Beziehungen und Verflechtungen miteinander einerseits und der kontrastierenden Stagnation der politischen Beziehungen zwischen den Führungssystemen auf beiden Seiten andererseits. Zwischen 1990 und 2004 wuchs das Gesamtvolumen des Handels zwischen Taiwan und der VR China von 2,5 auf 78,3 Milliarden U.S. Dollar. Dabei erhöhten sich Chinas Importe aus Taiwan von 2,3 auf 64,7 Milliarden U.S. Dollar und die Exporte aus der Volksrepublik nach Taiwan von 320 Millionen US Dollar auf 13,5 Milliarden US Dollar. Im Jahr 2004 überstieg das Gesamtvolumen taiwanesischer Exporte in die VR China sogar das Volumen seiner Exporte in die USA.³³ Etwa die Hälfte der führenden Firmen in Taiwan ist an Investitionen in China beteiligt. Allein in Schanghai haben sich gegen 400 000 Geschäftsleute aus Taiwan niedergelassen. Viele der in Taiwan befindlichen arbeitsintensiven Produktionszweige haben ihre Produktionsstätten nach China verlagert, wo Arbeitskosten, Bodenpreise und Lebenskosten billiger sind. Diese Fabriken erhalten ihre Weisungen aus Taiwan, produzieren in China und exportieren ihre Produkte von dort direkt zu ausländischen Kunden. Taiwan droht damit ein ständiger Verlust an Investitionskapital und Arbeitsplätzen. Doch der innenpolitische Druck kommerzieller Interessen ist so stark, dass die Regierung diese besorgniserregende Entwicklung nur bedingt eindämmen kann.

Drei Grundpositionen zur Taiwan-Frage

Befragt man Vertreter Pekings oder im Falle Taiwans Vertreter des pangrünen und des panblauen Lagers nach ihren entscheidenden Standpunkten in der Taiwanfrage, so erhält man folgende Antworten:

1. Die Taiwanfrage in der Sicht Pekings:³⁴

Die von der Kommunistischen Partei Chinas regierte Volksrepublik China sei auf Grund des kommunistischen Sieges im Bürgerkrieg legitime Nachfolgerin des Kaiserreiches China, sowie der Republik China und damit Souverän aller zu China gehörender Gebiete. Nach ihrer Rückgewinnung von Hong Kong und Macao sei Taiwan das letzte noch zu reintegrierende Gebiet Chinas. Diese Rückgliederung zu bewirken sei »heilige« patriotische Pflicht aller Chinesen. Die Alliierten Erklärungen von Kairo (1943) und Potsdam (1945) hätten Taiwan China zugesprochen. Die

33 Richard C. Bush: Untying the Knot – Making Peace in the Taiwan Straits. Washington D.C. 2005. S. 28-35.

34 Qiang Xin: Konfrontationen und Kooperationen. Zur Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden Staaten der Taiwan-Straße (1979-2000). Baden-Baden 2003, S. 55-84. Ministry of Foreign Affairs: The One-China Principle and the Taiwan Issue. 8. März 1994. Jiang Zemin: »The Taiwan Question is Most Important.« Written Responses to Questions from the Washington Post 23. März 2001.

praktische chinesische Inbesitznahme sei 1945 erfolgt. Japan habe in seinem Friedensvertrag auf Taiwan verzichtet. Die Regierung der Kuomintang auf Taiwan habe zwischen 1950-1971 in den Vereinten Nationen die Vertretung »ganz Chinas« zwar illegitim – aber immerhin nicht die Vertretung eines eigenstaatlichen Taiwan – beansprucht.

Während der Amtszeit der Präsidenten Chiang Kai-shek und Chiang Ching-kuo sei von Seiten Taiwans konsequent am Prinzip der nationalen Einheit Chinas (einschließlich Taiwans) festgehalten worden. Eine große Mehrzahl von Staaten – einschließlich sogar der USA – hätten das Prinzip des »einen China« explizit anerkannt. Die Vereinten Nationen hätten 1971 der VR China das Recht zur Vertretung ganz Chinas gewährt, ohne gleichzeitig eine Vertretung Taiwans zu akzeptieren. So mit sei Pekings Anspruch auf Taiwan historisch und völkerrechtlich voll gerechtfertigt. Daraus ergebe sich das Recht und die Pflicht der VR China, die Herrschaft über Taiwan zu beanspruchen, ausländische Interventionen in dieser Frage (wie z.B. den Taiwan Relations Act der USA) abzulehnen und jeden Versuch Taiwans zu einer regierungsmäßlichen Vertretung oder Anerkennung im Ausland abzulehnen und zu bekämpfen. Im Sinne ihrer von Deng Xiaoping geprägten Parole : »Ein Land – zwei Systeme« habe die VR China Taiwan mehrfach seit 1989 großzügige Angebote über die Gewährung einer weitreichenden Autonomie gemacht, über deren konkrete Ausgestaltung durchaus mit den taiwanesischen Autoritäten verhandelt werden könne. Sollte Taiwan aber konkrete Maßnahmen in Richtung Unabhängigkeit ergreifen oder Gespräche mit China unbegrenzt hinausschieben, werde sich die Volksrepublik zum Einsatz militärischer Macht gegen Taiwan genötigt sehen.

2. Die Taiwanfrage in Sichtweisen Taiwans:

A. Das pangrüne Lager³⁵

Taiwan sei ein souveränes Land. Die VR China habe seit ihrer Gründung zu keinem Zeitpunkt irgendwelche Kontrolle oder Jurisdiktion über Taiwan ausgeübt. Seit Taiwan 1885 Provinz des Kaiserreiches China geworden sei, sei die Insel insgesamt nur 15 Jahre lang (1885-1895 und 1945-1949) vom chinesischen Festland aus regiert worden. Seit 1949 habe sich Taiwan in einem Zustand der de facto Unabhängigkeit von der VR China befunden. Die alliierten Erklärungen von Kairo 1943 und Potsdam 1945 seien Willensäußerungen und keine verpflichtenden Verträge gewesen. Japans vertraglicher Verzicht auf Taiwan (1951) sei ohne Nennung Chinas oder eines anderen Staates als Rechtsnachfolger erfolgt. Von 1949 bis zur Demokratisie-

35 Frank Hsieh (Hrsg): Democratic Progressive Party – Taiwan (Parteiprogramm). Taipei 2000, S. 24-27. Teng-hui Lee: The Road to Democracy – Taiwan's Pursuit of Identity. Tokio 1999. Gunter Schubert: »Abschied von China ? Eine politische Standortbestimmung Taiwans nach den Präsidentschaftswahlen im März 2000« in: Asien. April 2001, S. 5-32. »President Chen's Inaugural Speech« in: Taipei Times 20. Mai 2004.

rung Taiwans sei die Insel von einem Regime geflüchteter festlandschinesischer Zuwanderer – unter ihnen kein gebürtiger Taiwaner – autoritär und ohne Beteiligung der taiwanesischen Bevölkerung regiert worden. Ab dem Jahr 2000 habe eine Mehrheit der Taiwaner den Führer einer Partei zum Präsidenten gewählt, die Taiwans unbestrittene de facto Souveränität durch das Attribut einer entsprechenden de jure Unabhängigkeit zu ergänzen wünsche. Es entspreche dem Grundprinzip der Demokratie, dass nur das Volk von Taiwan endgültig zu entscheiden habe im Rahmen welchen Systems es zu leben wünsche. Im Wortlaut des Taiwan Relations Act sei das Recht des taiwanesischen Volkes auf Selbstbestimmung implizit anerkannt worden. Seit Ende der achtziger Jahre von Diktatur befreit, sei Taiwan erstmals in der Lage, von Taiwanern regiert zu werden und die Besonderheiten der taiwanesischen Kultur und Geschichte für das eigene Volk und die Welt zur Geltung zu bringen. Taiwan fordere international eine seinem realen Staatscharakter angemessene diplomatische Vertretung.

B. Die Sicht des panblauen Lagers:³⁶

Taiwan sei historisch ein Teil des chinesischen Reiches gewesen, der 1945 der von der Kuomintang geführten Regierung der Republik China zurückgegeben worden sei. Deren Regierung und das demokratisch in China gewählte, gesamtchinesische Parlament seien auf Grund kommunistischer Erfolge im Bürgerkrieg 1949 nach Taiwan verlagert und von einer Mehrheit von Staaten und den Vereinten Nationen weiterhin als legitime Regierung der Republik China (RoC) bis 1971 anerkannt worden. Gegen das klassenkämpferische, traditionsfeindliche und terroristische System des Maoismus habe die Kuomintang-Regierung auf Taiwan das Kernelement eines »Freien China« und seiner Kultur bewahrt, habe Taiwan gegen zwei militärische Großoffensiven der Kommunisten (1954/55 und 1958) verteidigt und den meteorischen Aufstieg Taiwans vom Agrarland zur Wirtschaftsmacht maßgeblich mitgestaltet. Auf Grund der massiven Bedrohung durch die Volksrepublik China habe die Kuomintang zwar lange autoritär regiert, habe aber freiwillig Ende der achtziger Jahre auf ihr Machtkontrollen verzichtet und chinesische Demokratie im Zeichen der Verfassung und Ideen des demokratischen Partei- und Republikgründers Sun Yat-sen revitalisiert. Mit der Auflösung des nach Taiwan aus China mitgebrachten gesamtchinesischen Parlaments habe die taiwanesische Regierung der Kuomintang auf ihren früheren Anspruch einer Vertretung ganz Chinas verzichtet und die kommunistische Regierung des China-Festlands als dessen de facto Regierung anerkannt. Die von der Kuomintang geführte Regierung der Republik China auf Taiwan habe ebenso Institutionen für halbamtliche Kontakte über die Taiwanstraße hinweg geschaffen und langfristige Richtlinien für eine Wiedervereinigung unter der Voraus-

36 »Lien – Soong Policy Papers«. Lien-Soong Presidential Campaign Headquarters. Taipei März 2004, S. 16-30. Ying-jeou Ma: »Cross-Strait Relations at a Crossroad« in: Donald Zagoria (Hrsg.): *Breaking the China-Taiwan Impasse*, London 2003, S. 39-66.

setzung einer Demokratisierung Chinas verabschiedet. Doch Peking habe diese Kontakte willkürlich abgebrochen. Für die Kuomintang, die auf Grund der geschichtlichen Entwicklung mehrheitlich taiwanesische Wähler vertrete, gelte das Prinzip »Taiwan First« und nicht mehr »China First«. Dennoch betrachte das panblaue Lager Taiwan als Teil des chinesischen Sprach- und Kulturaumes und – in diesem Sinne – dem »einen China« zugehörig, jedoch nicht als untergeordneter Teil der kommunistisch regierten Volksrepublik China.³⁷ Auf Grund seines realen Staatscharakters bedürfe Taiwan keiner Unabhängigkeitserklärung. Chinas wiederholte Kriegsdrohungen gegen Taiwan widerlegten seine Behauptungen von brüderlicher Haltung gegenüber Taiwan. Alle seine Angebote implizierten eine Unterordnung Taiwans, das aber Gleichordnung beanspruchte. Peking habe das am 23. Mai 1951 mit Tibet vereinbarte Abkommen über dessen weitreichende Autonomie in fast jedem Punkt gebrochen und durch die Praxis blutigen Terrors ersetzt. Das Grundgesetz für Hongkong habe es so gestaltet, dass nur Peking bei Rechtsstreit über dieses Gesetz unilateral die letzte Entscheidungsgewalt zufalle. Trotz Taiwans gutem Willen, beiderseits akzeptable Lösungen kooperativer Koexistenz zu finden, sei grundsätzlich Skepsis geboten.

Die Wählerschaft auf Taiwan ist derzeit noch je zur Hälfte in das panblaue und das pangrüne Lager gespalten. Daher wird den im März 2008 bevorstehenden Präsidentschaftswahlen größte Bedeutung beigemessen. Kandidat der pangrünen Demokratischen Fortschrittspartei (DPP) ist Frank Hsieh (Hsieh Chang-ting), der vormalige Bürgermeister der größten Hafenstadt Kaohsiung (Gaoxiong), der als besonnener und beliebter Politiker gilt. Kandidat der panblauen Kuomintang ist der relativ junge und ebenfalls populäre Ma Ying-jeou, der seinen Doktorgrad in Jura an der Harvard Universität erworben hat und der Chen Shui-biän bei der Wahl zum Bürgermeister von Taipei schlagen konnte. Eine der Schlüsselfragen des Wahlkampfes dürfte die Frage der Bestimmung der Identität Taiwans und seines Verhältnisses zur VR China sein. In China werden im Jahr 2008 die dort mit brennendem Ehrgeiz vorbereiteten und in großem Stil geplanten Olympischen Spiele stattfinden und für das Jahr 2010 ist die ebenfalls als Prestigeobjekt geplante Weltausstellung in Schanghai vorgesehen. Krisenhafte Spannungen mit Taiwan kämen Peking zu dieser Zeit ungelegen. Zwar hatte Chen Shui-biän für das Jahr 2008 eine Verfassungsreform vorgesehen, doch hängt die Verwirklichung eines solchen Ziels von der Frage ab, ob es seiner Partei gelingt, die knapp verfehlte parlamentarische Mehrheit zu gewinnen, ob der Kandidat seiner Partei Präsident wird und ob dieser dieses Risiko eingehen will. Nach den vorgenannten beiden internationalen Großveranstaltungen in Peking 2008 und in Schanghai 2010 dürfte sich die Aufmerksamkeit und Aktivität der kommunistischen Regierung in Peking verstärkt wieder der Taiwanproblematik zuwenden. Viel wird dann davon abhängen, ob und wie es den Parteien in Taiwan

37 Die hier dargestellten drei Grundpositionen zur Taiwan-Frage beruhen u.a. auch auf intensiven Gesprächen, die der Verfasser mit führenden Vertretern aller drei Lager führen konnte.

gelingt, einen Konsens in den existentiellen und noch offenen Fragebereichen der taiwanesischen Identität und des Verhältnisses Taiwans zur VR China herzustellen.

Die mit Taiwans Nachbarn, Japan und den Philippinen, verbündeten USA haben in der Amtszeit ihres Präsidenten George W. Bush zwar ihre Sympathie für Taiwan und die weitere Geltung des Taiwan Relations Act erneut bekräftigt. Doch zeigte sich Washington andererseits besorgt wegen möglicher Irritationen und krisenhaf- ter Reaktionen Pekings wegen taiwanesischer Schritte in Richtung auf die Unab- hängigkeit Taiwans. Chen Shui-biān wurde von Seiten der USA dringend nahege- legt, sich mit der tatsächlichen de facto Unabhängigkeit seiner Heimat zufrieden zu geben und nicht die Sicherheit des westpazifischen Raumes einschließlich der amerikanischen Sicherheit durch Schritte in Richtung auf Taiwans de jure Souveränität zu gefährden, die Peking zu kriegerischen Reaktionen veranlassen könnte.³⁸

Insgesamt bleibt die Taiwan-Frage durch die Fülle der hier widerstreitenden Kräfte und Interessen ungelöst, wenngleich es denkbar ist, dass eindeutige Resultate bei der Wahl vom März 2008 eine neue Dynamik bewirken könnten.

Zusammenfassung

Seit dem 17. Jahrhundert gehört Taiwan, teils auch auf Grund seiner geostrategi- schen Lage im Zentrum des Westpazifik zu jenen Gebieten des chinesischen Raumes, die am stärksten und wechselvollsten auswärtigen machtpolitischen Einflüssen ausge- setzt gewesen ist. Nach fünfzig Jahren japanischer Herrschaft kehrte die Insel 1945 zu China zurück. Doch Repressionsakte der Festländer bewirkten bei Taiwanerinnen eine Entfremdung. Von den Maoisten besiegt, zog sich die nationalchinesische Regierung und Elite auf die Insel zurück um diese als Fluchtburg des »Freien China« zu entwi- ckeln. Nicht Taiwanerinnen, sondern zugewanderte Festländer übten dort – unter Beru- fung auf den Bürgerkrieg mit Peking – autoritär die Herrschaft aus. Ab dem Koreakrieg bis 1980 mit den USA verbündet, vermögen sie es Taiwan gegen Pekings Streitkräfte zu verteidigen, die Vertretung ganz Chinas in der UNO bis 1971 wahrzu- nehmen und eine überaus erfolgreiche Wirtschaftsentwicklung der Insel zu bewirken. Ab Ende der achtziger Jahre verzichtet die regierende Kuomintang (Nationale Volks- partei) auf ihr Machtmonopol. Hand in Hand mit der demographischen Überalterung der 1949 zugewanderten Festländer vollzieht sich die Taiwanisierung und Demokrati- sierung der Politik auf Taiwan. Trotz Herrschaftsansprüchen, Autonomieangeboten und Drohungen der VR China – Taiwan gehöre zum chinesischen Mutterland – siegt in den Präsidentschaftswahlen der Jahre 2000 und 2004 jeweils der Kandidat des politischen Lagers, das Taiwans staatliche Unabhängigkeit fordert. Im Ernstfall wäre das für Peking der Kriegsfall. Die zum Schutz Taiwans verpflichteten USA mahnen Tai- wans Regierung zur Mäßigung. Die fast gleichstarke Opposition der Kuomintang be- kennt sich kulturell zu China, nicht aber zur kommunistischen Volksrepublik. Kom- menden Wahlen im Jahr 2008 wird große Bedeutung beigemessen.

38 Zagoria, aaO. (FN 36), Kapitel 1, 2, 12 u. 16.

Summary

Since the 17-th century , no other part of the Chinese area has been more exposed to changing external influences than Taiwan, which is partly due to its significant geostrategic position in the center of the West Pacific. Dominated for fifty years, until 1945, by Japan, it was factually returned to China. But the Taiwanese felt strongly alienated from China by the repressive and exploitative rule of Mainland Chinese administrators. Defeated by the Communists on the China Mainland, the Nationalist Chinese government and elite in 1949 withdrew to Taiwan which they developed into a last bulwark of their »Free China« and which maintained the representation of all of China in the United Nations until 1971. Emigrated Mainland Chinese – not Taiwanese – maintained on Taiwan a civil war conditioned authoritarian rule. Allied with the United States until 1980, they defended Taiwan against Chinese military offensives and effected a most impressive development of Taiwan's economy. In the late 1980ies the ruling Kuomintang (National People's Party) abandoned its monopoly of political power. Hand in hand with the aging of the mainlander generation that had moved to Taiwan in 1949, native Taiwanese assumed positions of power and a democratic multi-party system emerged. In spite of Chinese offers of autonomy, of threats, and claims that Taiwan was a subordinate part of the Chinese motherland, the presidential elections of the years 2000 and 2004 were won by the candidates of parties that demand Taiwan's independence from China. This, according to Peking, would be a case of war. Committed to the protection of Taiwan, the United States are counseling moderation. Being equal in voter strength, the Kuomintang opposition party takes the position that Taiwan, although culturally a part of China, is nevertheless not a subordinate part of the communist People's Republic of China. Observers attach great significance to the results of Taiwan's forthcoming elections in 2008.

Gottfried-Karl Kindermann, Taiwan in the Focus of conflicting national and international Interests